



VAdM – Kurier

13. Ausgabe: August 2020

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

*Herzlich
willkommen zur
13. Ausgabe
unseres
„VAdM-Kuriers“
im
August 2020*

editorial

Die Konferenz von Potsdam vor genau 75 Jahren war nur die letzte einer ganzen Reihe von Treffen der Alliierten zur Niederrichtung des Dritten Reiches. Fanden die Konferenzen von Casablanca, Teheran und Jalta noch während der Kampfhandlungen statt, sollte das Treffen auf Cecilienhof – einem Areal im Eigentum der preußischen Dynastie – die Nachkriegsordnung regeln.

In guter Goldgräbermanier wurden die Claims der Sieger in Mittel- und Südeuropa abgesteckt und die Westverschiebung Polens bzw. der Ukraine abgesegnet. Die faktisch bereits stattgefundene und laufende Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland war Teil des Plans einer Schwächung Deutschlands: Die zu erwartenden Unruhen durch die massenhafte Wanderung in ein bereits zerstörtes Land war Teil dieses Masterplans.

Die Konferenzen auf Cecilienhof – um das sich heute die Hohenzollern und das Land Brandenburg weiter streiten – offenbarte aber auch die Uneinigkeit der Alliierten: Der kurz danach beginnende Kalte Krieg eröffnete zumindest den beiden deutschen Nachfolgestaaten eine kärgliche Überlebenschance.

Inhalt:

Editorial	Seite 1
VAdM– zu Gast beim KV Heilbronn	Seite 2
Weltwirtschaftskrise 1929: Donauländer	Seite 3
Leseprobe: Reiner Osbild	Seite 3
„Die Aufklärung frißt ihre Kinder“	Seite 4
Die Kriegserklärung Italiens 1915	Seite 5
Torgau: Erinnern an Flucht und Vertreibung	Seite 6
Claus Hörrmann: Rede vom 20. Juni in Torgau	Seite 6
Erinnern an Adam Müller-Guttenbrunn (Teil 4)	Seite 8
Die Wolgadeutschen 1920 (Teil 4)	Seite 9
Holodomor: „Stalins Vendée“	Seite 9
Verschiedenes/Hoh(I)spiegel/Impressum	Seite 10

Vadim Derksen

Herbert Karl



AfD-Bürgerdialog: Russlanddeutsche sind Teil unserer Gesellschaft, stehen aber noch immer vor vielen Problemen

Am 20. Juli 2020 begrüßten die Abgeordneten **Carola Wolle** (Wahlkreis Neckarsulm) und **Dr. Rainer Podeswa** (Wahlkreis Heilbronn) die Gastredner **Albert Breining** und **Herbert Karl** zum Bürgerdialog der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg in Heilbronn. Herr Breining ist Sprecher der **Interessengemeinschaft der Russlanddeutschen** (IGdRD) in der AfD und Vorstandsmitglied im **Verein für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten** (VAdM). **Herbert Karl** ist einer der beiden Bundessprecher im **Verein für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten** (VAdM). Thema war „Die Situation der Russlanddeutschen in Baden-Württemberg“.

Nach einer Begrüßung der wirtschaftspolitischen Sprecherin und Vize-Vorsitzenden Carola Wolle folgte ein Bericht aus dem Landtag. Der finanzpolitische Sprecher Dr. Podeswa ging dabei insbesondere darauf ein, dass die von der AfD-Landtagsfraktion bereits im April 2020 veröffentlichten Vorschläge zum Umgang mit den Folgen der Corona-Politik inzwischen nicht nur vom Bund der Steuerzahler, sondern auch vom Landesrechnungshof inhaltlich bestätigt werden.

Anschließend stellte Albert Breining die Interessengemeinschaft der Russlanddeutschen vor. Prägend waren für ihn die Misshandlungen und die Deportation seines Großvaters in der damaligen Sowjetunion. Im ständigen Konfliktgebiet lebend achteten seine Eltern sehr darauf, dass er nicht nur die deutsche Sprache lernte, sondern dass er auch akzentfreies Russisch sprechen konnte, denn ansonsten wäre die Familie ständigen Repressalien ausgesetzt gewesen. Als er 1995 nach Deutschland kam, diente er als Fallschirmjäger in der Bundeswehr. Sein Diplom-Ingenieurstudium in der Sowjetunion reichte in der Bundesrepublik nur zur Anerkennung als „Techniker“, weshalb er sich wieder mühsam hocharbeiten musste und heute als Medizinproduktgerätetechniker arbeitet.

Breining stellt fest, dass die „CDU so weit nach links abdriftete, dass diese Partei für Heimatvertriebene immer weniger in Frage kam“. So war er Mitgründer des Vereins für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der Alternative für Deutschland. Aufgrund seiner konservativen Grundhaltung unterstützte er bereits in Baden-Württemberg die Gründung der „Alternative für Deutschland“.

„Wir sind ein Teil von dieser Gesellschaft“

Breining betonte, dass die deutsche Staatsbürgerschaft Konsens innerhalb der Interessengemeinschaft der Russlanddeutschen in der AfD ist. „Wir sind ein Teil von dieser Gesellschaft“, so der Redner zu Integration. Dabei nimmt die Interessenvertretung kritisch zur Kenntnis, dass jüngere Spätaussiedler aus Russland bei Anträgen zur Übersiedlung nach Deutschland staatlicher Willkür ausgesetzt sind. Verantwortlich dafür ist u. a. die jährliche Obergrenze für Aussiedler, die die Union einführt.

Vier Millionen Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion leben wieder in Deutschland, sind gut integriert und arbeiten. Doch noch etwa eine Million leben weiter in den ehemaligen Sowjet-Staaten. Als Ziele des Vereins beschreibt er die Bewahrung des historischen Wissens und die Unterstützung der verbliebenen Volksgruppen bei der Bewahrung ihrer Identität, ebenso wie die Unterstützung von Russlanddeutschen, wenn der Wunsch nach Aussiedlung besteht, sowie Hilfe bei Familienzusammenführungen. Daneben ist der Austausch durch Partnerschaften Bestandteil, ebenso wie die Beratung bei Rentenfragen und das Stellen von Ansprechpartnern innerhalb der Partei für die Landsmannschaften. Es verwundert nicht, dass in der anschließenden Fragerunde dann primär auch das Thema Renten breiten Raum einnahm. Hier stehen Russlanddeutsche teils noch immer vor vielen Fragen und Problemen, die politisch nicht gelöst wurden.

(<https://www.carolawolle.de/979/buergerdialog-russlanddeutsche/>)



Von links nach rechts: Dr. Rainer Podeswa (MdL), Albert Breining, Carola Wolle (MdL), Herbert Karl

Angesichts der sich aktuell verschärfenden Weltwirtschaftskrise wollen wir einen Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise (WWK) 1929 im Osten Europas werfen.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern

Teil 2:

Die Weltwirtschaftskrise war in Südosteuropa, nicht – wie in Deutschland und Österreich –, als Rückwirkung der Erschütterung des amerikanischen Kreditsystems, eine *Banken- und Finanzkrise*, sondern eine Absatzkrise: Es war der Verfall des Weltmarktpreises für Getreide, an erster Stelle für Weizen, an zweiter Stelle für Mais, der diesen Ländern erhebliche Schwierigkeiten bereitete: (Bariéty, Jacques: Der Tardieu-Plan . . . in: Becker; Hildebrand: Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-33 München 1980, S. 364).

Es gab schon seinerzeit einen Weltmarkt und entsprechend einen -preis (Stichwort heute: Globalisierung); somit hatten wir es mit einer *zweigeteilten* Krise zu tun: Auf der einen Seite die Industriestaaten, auf der anderen die Agrar- und Rohstoffstaaten. Das *Absinken der Getreidepreise* in den USA zog die ostmitteleuropäischen Staaten (Rumänien, Ungarn und Jugoslawien) in Mitleidenschaft, deren Export vor allem nach Deutschland und Italien (insbesondere in letzterem war ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen) ging; die Tschechoslowakei war durch ihre differenziertere und ausgeglichene Wirtschaftsstruktur davon nicht so stark betroffen.

Es war *keine* Absatzstockung, sondern ein „ernstes Ungleichgewicht im Außenhandel zahlreicher Agrarstaaten“ und somit ein *Sturz der Erträge*, damit der Kaufkraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten: *Die Wirtschaftskrise ging in eine soziale, diese in eine politische Krise über* (Bariéty, in: Becker, S. 365). Somit tauchte auch die Frage nach einer gemeinsamen Front gegen die Rohstoffe importierenden Industrieländer auf.

Nach dem Einsetzen der Krise jagte deshalb eine *Sonderkonferenz* die andere, dabei ging es vorwiegend um die Frage: Meistbegünstigungsklausel versus Zollpräferenzsystem:

Ende 1929 versammelten sich in Belgrad Sachverständige der Donauländer; hier ging es um eine „Exportgemeinschaft“ für Agrarprodukte;

Im Juni 1930 kam es in Strbské Pleso zur Jahreskonferenz der Kleinen Entente; man kam überein, durch häufigere Expertentreffen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit voranzutreiben und Hindernisse beim Weizenverkauf abzubauen; der Juli 1930 brachte rumänisch-jugoslawische Beratungen in Bukarest und Sinaia über *Präferenztarife*; im August ging eine Einladung an Ungarn hinaus, sich daran zu beteiligen.

Diese Beratungen wurden im August in Warschau mit acht beteiligten Ländern fortgesetzt; dabei ging die Empfehlung aus, die europäischen Industrieländer sollten ihren Getreidebedarf *vorzugsweise* aus den europäischen Agrarstaaten abdecken. *(Fortsetzung folgt)*

Herbert Karl

Reiner Osbild: Fundamentalistische Wirtschaftspolitik, in: Nachdenken für Deutschland, 2. Aufl., 2019, S 195.f.

Eine Leseprobe

„Teil I: Das deutsche Volksvermögen droht auf dem Roulettetisch verspielt zu werden.“

Deutschland scheint das Wunderkind Europas zu sein. Hohe Beschäftigungsraten, gigantische Exportüberschüsse machten Deutschland zum Leuchtturm eines krisengeschüttelten Kontinents (*Stand: 2018/Anm. der Red.*). Dazu steht eine Wirtschaftspolitik, die wir als fundamentalistisch bezeichnen. Grundlegende Entscheidungen wie die Euro-Rettung, die Energiewende und die Migrationspolitik wurden im sozialen und politischen Raum kaum diskutiert . . .

Teil II: Drei Wege der Wirtschaftspolitik: Rational, paternalistisch, fundamentalistisch

In den meisten Lehrbüchern wird eine rationale Wirtschaftspolitik beschrieben, sowohl was die Ziele, als auch den Mittelersatz angeht. Nur solche Ziele werden verfolgt, die sich im politischen Wettbewerb durchgesetzt haben . . .



Daneben haben in gewissem Maße paternalistische Tendenzen Einzug in die Wirtschaftspolitik gehalten. Hier werden bestimmte Ziele unter Eingriff des Staates in die Präferenzen der Bürger verfolgt. So ist die Schulpflicht eine (in vielen Fällen) erzwungene Bildungsleistung . . .

In diesem Beitrag wird ein dritter Politik-Stil skizziert, und zwar die fundamentalistische Wirtschaftspolitik, die zunehmend in Deutschland Anwendung findet. Fundamentalistisch ist eine (Wirtschafts-)Politik, die

- höchste und endgültige Ziele ansteuert und dabei die Existenz sinnvoller Alternativen ausblendet;
- die Zielkonflikte dieser höchsten Werte mit anderen Werten oder Zielen ignoriert;
- sich keinen Deut schert um (Opportunitäts)Kosten;
- die eigene Rolle, Verantwortung und Solidarität überbetont und überschätzt.

Der Merkel'sche Wirtschaftsfundamentalismus lässt sich anhand der Euro-Rettung, des Kampfes gegen die Armut in der Welt (Migrationspolitik) und des Kampfes für ein besseres Weltklima (Energiewende) beschreiben . . .“

(Wir erachten den Beitrag von Reiner Osbild als so bedeutend, daß wir im nächsten „Kurier“ weitere Auszüge daraus bringen werden/Red.).

„Die Aufklärung frißt ihre Kinder“

titelt der letzte CATO. Es ist die eindeutige Assoziation zu Wolfgang Leonhards *Die Revolution entläßt ihre Kinder* (erste Auflage 1955).

Unter der Rubrik *Kulturgeschichte* geht Karlheinz Weissmann („Vor Gott waren alle gleich“, CATO No. 5/2020, S. 26ff.) der Geburt des „rationalen“ Rassismusbegriffs im Zuge der Aufklärung nach: Dessen „typischer Vertreter“ war kein Geringerer als Voltaire.

Den Begriff Rassismus selber sieht Weissmann „unscharf“:

„Das hat mit dem »Antirassismus« zu tun. Dessen Anhänger treiben eine Entgrenzung voran, die dazu führt, daß heute jede Variante »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« als »rassistisch« betrachtet wird. Das zeitigt politischen Nutzen . . .“

Der Anthropologe Claude Lévi-Strauss sah den Hauptgrund der Geringschätzung der *anderen* Rasse in der Aversion, aus dem »Skandal der Vielfalt« heraus: Der „Irritation und dem Anstoß, den die Wahrnehmung des Andersaussehens massierter fremder Menschengruppen erregt.“

Ausschlaggebend sei aber nicht die Natur, sondern *die* Kultur, d. h. wie wir die Beziehung zu uns selbst und der Welt bestimmen, wie wir unseren „Verband abgrenzen oder den Status von einzelnen oder Gruppen festlegen.“ Dies geschieht *nicht* durch einen Gesellschaftsvertrag, sondern durch eine »Überlagerung«. Als bemerkenswertes Beispiel wird das indische Kastensystem herangezogen: Diese von den „Ariern“ im dritten Jahrhundert v. Chr. eingeführte Rassensegregation sollte die neuen Herrscher als Kaste u. a. durch Heiratsverbot mit der unterprivilegierten Bevölkerungsmehrheit erhalten.

Das portugiesische »casta« für »rein« bzw. »unvermischt« wird aber unter dem Begriff Rasse angewandt: Dabei ist bemerkenswert, daß

„man die soziale Stellung der Arier mit deren Hellhäutigkeit, die soziale Stellung der besiegten Munda, Draviden oder Dasa mit deren Dunkelhäutigkeit verknüpfte.“

Der Begriff der »Herrenrasse« geht auf das Englische »master race« zurück: So wurde noch 1865 in Australien bezweifelt, ob es sich bei den Ureinwohnern überhaupt um Menschen handeln würde.

„Entsprechende Anschauungen dienten in den USA zur Rechtfertigung der Sklaverei, später der juristischen und sozialen Schlechterstellung der Schwarzen, in den Kolonien Großbritanniens zu dauerhafter Unterdrückung, Segregation und Massakern zum Zweck der Dezimierung“

Dem insbesondere in Frankreich nach Innen gerichtetem Rassismus wird in einer der nächsten Ausgabe des VAdM-Kuriers nachgegangen.

Herbert Karl



Im www gefunden: <http://suedtirol-info.at/die-kriegserklaerung-italiens-1915-standschoetzen-und-freiwillige-schoetzen-als-retteur-in-hoechster-not/>

„Die Kriegserklärung Italiens 1915: Stand- schützen und Freiwillige Schützen als Retter in höchster Not



Der Dolchstoß in den Rücken des eigenen Verbündeten: Kriegseintritt Italiens gegen Österreich-Ungarn im Jahre 1915.

Von Georg Dattenböck

Angesichts der horrenden Schrecken und unfasslichen Verlustzahlen an Gefallenen, Vermissten und Schwerstverehrten des 1. Weltkrieges, hat heute jeder geschichtskundige Friedenswillige in Italien und Österreich den Wunsch, daß derart Schreckliches nie wieder geschehen soll. Immer wieder gibt auch heute noch das schmelzende Eis an den ehemaligen Frontabschnitten mumifizierte Gefallene frei und der Wanderer entdeckt vielfach noch die Hinterlassenschaften dieses Krieges.

Das italienische Volk beklagte am Ende rund 600.000 tote junge Männer, die Zahl der Vermissten und Schwerstverehrten ist dem Verfasser unbekannt. Dies war der traurige „Siegespreis“, den das italienische Volk, welches in großer Mehrheit nicht kriegsbegeistert und nicht schuldig war, für diesen von einer fanatischen Minderheit geplanten Angriffskrieg gegen Österreich zahlen mußte. Auch auf Seiten Österreich-Ungarns waren die Verluste gewaltig. Etwa 30.000 Mann wurden alleine durch Lawinen und die widrigen Witterungsverhältnisse des Hochgebirges getötet.

Mit einer starken, antiösterreichischen Stimmungsmache, Hetzreden, einer Befürwortung und Heroisierung des Krieges, stach damals unter vielen anderen Kriegshetzern der italienische Dichter **Gabriele d’Annunzio**, Redner bei Freimaurerfesten und zugleich einer der Ideengeber des aufkommenden Faschismus, besonders hervor.

D’Annunzio (rechts im Bild) im Gespräch mit Benito Mussolini.

Er verherrlichte den Krieg, machte den von ihm und seinen Anhängern geübten „Saluto Romano“ populär, bis dieser zum offiziellen faschistischen – und nationalsozialistischen – Parteigruß wurde und ließ sich sein Leben in einer beschlagnahmten Villa am Gardasee von dem faschistischen Regime finanzieren . . .“



Der Opfer von Flucht und Vertreibung gedacht



Torgau. Am Samstag trafen sich Vertreter der AfD und Zeitzeugen zu einer Feier- und Erinnerungsstunde am Torgauer Denkmal für die Vertriebenen. Im Rahmen des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung hielten Gudrun Petzold und Timo Schreyer, Mitglieder des sächsischen Landtages, der Bundstagsabgeordnete Detlef Spangenberg und der Vorsitzende des Landesverbandes der Sudetendeutschen, Claus Hörrmann, Reden anlässlich von 75 Jahren Flucht und Vertreibung. Zusätzlich kamen die Zeitzeuginnen Renate Alt, geborene Pawlas, und Erika Köcher (linkes Bild) zu Wort. Während Alt vornehmlich die Erinnerungen an die alte Heimat thematisierte, berichtete Köcher über ihre Erinnerungen als damals Neunjährige an die Geschehnisse in der Zeit vom Mai 1945 bis zum Juni 1946. Am Ende der Veranstaltung legten Gudrun Petzold und René Bochmann, Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Nordsachsen und Mitglied des nordsächsischen Kreistages, Kränze am Denkmal nieder.
Fotos: TZ/Keil

Claus Hoerrmann: Rede am 20. Juni 2020 in Torgau:

„Liebe Heimatfreunde und Landsleute,
sehr geehrte Bürger von Torgau,
sehr geehrte Abgeordnete,
meine Damen und Herren,

ein Dreivierteljahrhundert ist es her, dass Millionen Menschen entwurzelt und ihrer Heimat beraubt wurden. Dabei sind bis 1948 Hunderttausende oft unter grausamen Bedingungen ums Leben gekommen und viele sind auch nach ihrer Vertreibung an den Folgen gestorben. Noch vor 25 Jahren war das bei den Treffen der Sudetendeutschen, Schlesier, Ostpreußen und anderen Landsmannschaften ein Politikum, über das große Medien berichten mussten. Heute ist es erstaunlich still darum geworden.

Warum ist das so, wo doch die traumatischen Erlebnisse sich tief bei den Opfern wie auch Tätern in die Seelen eingebrannt haben und auch über die Generation weitergegeben werden?

Neben dem Willen sich auf die Zukunft, das eigene Leben und den Wiederaufbau in der neuen, erzwungenen Heimat zu konzentrieren ist es auch – leider – die sehr selektive Wahrnehmung großer Unrechtstatbestände in unserem Lande.

Das ist psychologisch und auch ethisch fragwürdig, wie es Professor Dr. Alfred de Zayas, der US-amerikanische Völkerrechtler, Historiker und UN-Menschenrechtler in seinem Buch „80 Thesen zur Vertreibung“ sehr eindrucksvoll beschreibt.

Die heute hier von der Alternative für Deutschland initiierte Gedenkstunde in Torgau reiht sich deshalb ein in den Appell, historische Fakten zur Kenntnis zu nehmen, auch wenn sie die aktuelle Politik zu gern zu verdrängen versucht.

In den Schulbüchern unserer Kinder und Enkel und in den immer mehr durch Eigenzensur gleichgeschaltet erscheinenden Medien wird darüber wenig berichtet und wenn, dann wird opportunistisch das Kapitel der Vertreibung als bloße Kriegsfolge und vor allem Schuld der Deutschen thematisiert.

Dabei ist der oft behauptete kausale Zusammenhang zwischen Krieg und Vertreibung wissenschaftlich längst als unhaltbar erwiesen.

Es waren die geopolitischen Ambitionen Stalins und der Wille der Westalliierten, Deutschland nachhaltig zu schwächen als wesentliche Ursache der Vertreibung.

Der Leitgedanke in der Politik und auch im Erinnern an das Leid muss aber immer der Mensch bleiben, seine Menschenwürde und das Grundprinzip der rechtlichen Gleichheit aller Menschen und aller Opfer.

Fortsetzung der Rede auf Seite 7

Denn jedes Opfer hat ein Recht auf unsere Anerkennung und Solidarität, auf Wiedergutmachung und die historische Wahrheit!
„Heimatrecht ist Menschenrecht!“, erklärte schon der große Humanist Albert Schweitzer in einer Rede bei der Verleihung des Friedensnobelpreises 1954.

Gerade deshalb ist es für mich als Nachgeborener einer Sudetendeutschen aus Tannwald bei Gablonz verpflichtend und selbstverständlich, die Erinnerung und die Verbreitung des Wissens über das Schicksal der Vertriebenen in meiner Funktion als Stellvertretender Vorsitzender des Sudetendeutschen Landesverbandes Sachsens lebendig zu halten.

Dass wir das seit mehr als drei Jahren als unabhängiger Verband fern von der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München tun, liegt einzig und allein daran, dass man dort aus Opportunismus und falsch verstandenem Europagedanken eben die Kernziele landsmannschaftlicher Arbeit, nämlich:

*das Recht auf die Heimat und
die Wiedergutmachung entstandenen Unrechts*

aufgegeben hat und sich damit auf die Kulturarbeit zurückzieht. Das aber ist ein Irrweg!

Wir konnten das nicht zuletzt hier in Sachsen erleben, wo in Radebeul ein gewählter Kulturamtsleiter Bernig verhindert wurde, der MDR den Satiriker Uwe Steimle aus dem Sender warf oder wie in Dresden der Autor Uwe Tellkamp medial stigmatisiert wird. Mir kommen dabei als Bürger, der viele Jahre die DDR erlebt hat, bittere Erinnerungen auf.

Wir Vertriebenen und deren Nachkommen haben bereits sehr früh mit der „Charta der Vertriebenen“ ein Zeichen der Versöhnung gesetzt, indem wir bewusst auf Rache verzichtet haben und in der jüngeren Vergangenheit das Fundament gebaut, die Pfeiler gesetzt haben für die Brücke zur Verständigung.

Nun ist es an der Zeit, dass die Tschechische Republik - wie andere Vertreiberstaaten auch - sich zu ihrem Unrecht bekennen, die Brücke der Freundschaft vollenden und auf uns zugehen, denn nur so kann Partnerschaft und Freundschaft entstehen.

Und gerade auch deshalb treffen wir uns hier in Torgau am Mahnmal an der Elbe. Wir gedenken aller Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung, wir erinnern, mahnen und wollen versöhnen.

Wir treten damit hier

*für die Menschenrechte und gegen das Vergessen,
gegen das Verschweigen und für das Recht auf Heimat ein.*

Die Erlebnisgeneration wird immer kleiner, aber ihre Erlebnisse verschwinden damit nicht. Die Vertriebenen haben es ihren Kindern und Enkeln erzählt und ihre Erlebnisse in unzähligen Büchern weitergegeben, damit sie die Hintergründe erfahren, um daraus zu lernen. Denn, wenn wir uns nicht mehr erinnern wollen, dann verleugnen wir unsere Vergangenheit!

Der einstige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) hat bei der Beisetzung der drei RAF-Terroristen in Stuttgart den dagegen Protestierenden mit seiner zutiefst menschlichen Haltung entgegnet: „Mit dem Tod muss die Feindschaft enden!“

Das, verehrte Anwesende, ist ein humanistischer Ansatz der auch uns gegenüber gelten muss! Denn, wir sind keine Revanchisten, wie man uns der Einfachheit halber gern unterstellt!

Das Tätertrauma der Tschechen, das ihr Gewissen belastet und damit auch vielen Altparteienvertreter, die eine Aufarbeitung auf Augenhöhe vermeiden wollen und nur zu gerne damit von eigenen Fehlern und Versäumnissen abzulenken versuchen, verhindern noch immer einen echten Dialog.

Auch deshalb wurde in unserem Land medial die eindrucksvolle serbische Restitutionspolitik 2011 mit echter Chance auf Naturalrestitution für die rund 200 000 Donauschwaben einschließlich der Nachgeborenen Erben totgeschwiegen, damit man Polen und die Tschechische Republik nicht in Verlegenheit bringt.

Es bleibt mir und uns allen deshalb zum Schluss nur zu hoffen und zu wünschen, dass es die zukünftige Politik anders macht, um das Unrecht zu heilen und die alten Wunden endgültig zu schließen.

Lassen Sie uns darauf die Hoffnung setzen und weiterhin zusammenstehen, für eine Welt in Frieden, der Verständigung, gegenseitiger Achtung und dem Respekt auch vor dem gewählten Weg der politischen Entwicklung von mehr als einem Viertel der Wähler hier in Sachsen, denn „Die Gedanken sind frei“ oder wie es Walter Häge in seinem Gedicht treffend formulierte:

Wir beschränken uns,
indem wir nachsagen, was andere vorsagen,
indem wir handeln wie andere es erwarten,
indem wir denken, was andere vorgedacht haben,
indem wir glauben, womit uns andere beeindrucken wollen.
Wir behandeln uns selbst tagtäglich wie Behinderte.

Alles Gute dafür Ihnen und uns allen!“

Erinnerung an Adam Müller-Guttenbrunn

Teil 4

von Dieter Michelbach M. A.

Adam Müller-Guttenbrunn (AMG) scheint mit seinen Themen in der Gegenwart in seiner Aktualität mit der Frage der Verknüpfung von Migration und kultureller Identität um nichts einzubüßen. Lassen wir den Zeitgenossen Paul Schreckenbach zu Wort kommen, der in seiner Einleitung vor über hundert Jahren zum Buch "Adam Müller-Guttenbrunn: Deutscher Kampf. Erzählungen von Schwaben und Madjaren. Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Hamburg-Großborstel 1913, S. 7-8" folgende Sachverhalte hervorhebt:

"Jedermann weiß, daß Friedrich der Große Tausende von süddeutschen Kolonisten in sein Land gezogen hat, die zahlreiche neue Dörfer gründeten und weite Strecken urbar machten. Weniger bekannt ist, daß seine große Gegnerin Maria Theresia in ihren Erbländen ganz das gleiche getan hat. Auf ihren einladenden Ruf hin zog eine große Menge von Schwaben nach Ungarn. Dort siedelten sie sich an, bauten ein deutsches Dorf neben dem anderen auf, und durch zähe, unermüdliche Kolonistenarbeit schufen sie das fruchtbare, aber wüste Land zu einem blühenden Garten um. Von diesen Bauernfamilien stammt der Dichter Adam Müller-Guttenbrunn ab. Er wurde geboren am 22. Oktober 1852 zu Guttenbrunn im Temescher Banat als Sohn eines schwäbischen Wirtschaftsbesitzers, und seine Kindheit fiel in die Zeit, wo die Madjaren nach dem 'Ausgleich' mit Österreich anfangen, die Deutschen Ungarns ihrer Sprache, ihres Volkstums zu berauben. Das muß man wissen, wenn man ihn ganz verstehen will."

In dem Abschnitt wird leider nicht erwähnt, daß die damaligen Kolonisten nicht freiwillig ihre Heimat verlassen haben, die Unrentabilität der immer kleiner werdenden Ackerflächen durch Erbteilung, Mißernten, kriegerischer Konflikte und die Aussicht auf eine bessere Zukunft mit Steuerbefreiung und geschenkten landwirtschaftlichen Gebieten – laut den Versprechungen der Kolonisations-Anwerber – erleichterte diese Entscheidung. Bis heute aktuell erscheint die Frage um den gesellschaftlichen Konflikt zwischen Migration und kultureller Identität.

(Fortsetzung folgt)



Zur Zeit seines Schulbesuchs in Temeswar

Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten

Teil 4

Wurde das alte Zarenreich durch die „fünfte Kolonne“ um Wladimir Iljitsch (Lenin) nicht nur in Bedrängnis gebracht, sondern definitiv gestürzt, so revanchierte sich die bolschewistische Clique bei ihren deutschen Helfern auf ihre Weise:

„In der linken Sozialdemokratie Deutschlands sahen die Bolschewiki ihren künftigen Verbündeten für den Fall, dass ein baldiger Zusammenbruch des wilhelminischen Reichs nach dem russischen Drehbuch verlaufen und letzten Endes die Zündschnur für die Revolution, ja einen weltweiten Umsturz sein würde. Die Theorie des aus dem heroischen Gesang der »Internationale« übernommenen »letzten Gefechts«“ (Dalos, S. 90)

Obiges erwies sich als realitätsfremd, denn ‚Sowjetrußland‘ stand kurz vor dem militärischen Aus: Die Armee des Deutschen Reiches bedrohte St. Petersburg, den ‚Hort der Bolschewiki‘ und selbst Österreich-Ungarn und das schwächelnde Reich der Osmanen bedrohten das Land. Die Völker des Baltikums, des Kaukasus, aber auch die Finnlands, Polens und der Ukraine waren von den Versprechungen der „14-Punkte“ Woodrow Wilsons infiziert und forderten die freie *nationale* Selbstbestimmung.

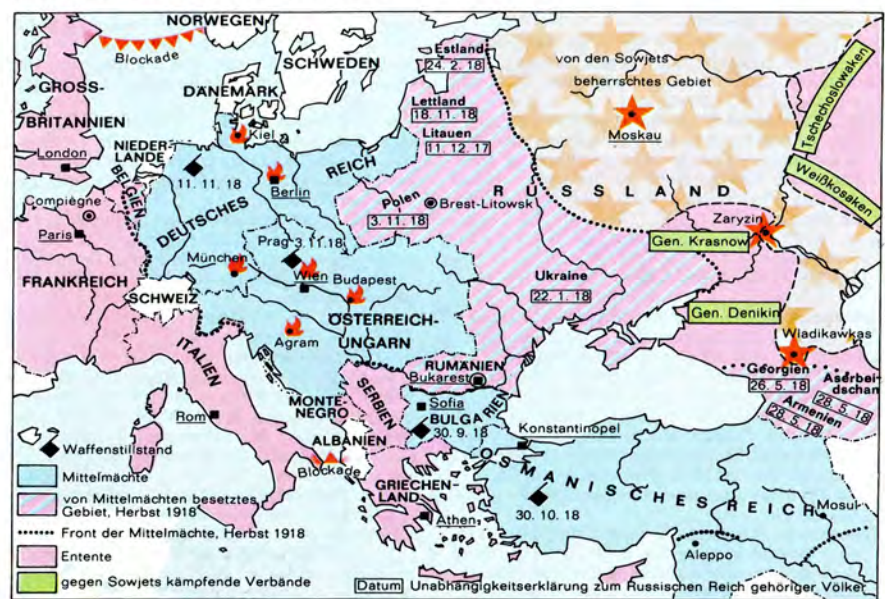
Unter diesen Maßgaben blieb den an die Macht gespülten Revolutionären nur die Alternative eines Separatfriedens, dieser wurde mit den Mittelmächten in Brest-Litowsk geschlossen.

Die deutschen Siedler in den weiten Steppen Rußlands wurden in den Friedensgesprächen (bewußt?) ausgeklammert . . .

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

408 Erster Weltkrieg / Kriegsende (1918)



Das Kriegsjahr 1918

Stalins Vendée

Unter diesem eindeutigen Titel rezensiert die Politikerin und Publizistin Vera Lengsfeld in der neuesten Ausgabe des CATO (Nr. 5/2020, S. 63ff.) zwei Publikationen zu dem sogenannten **Holodomor**, der politisch organisierten Hungersnot Anfang der 1930er Jahre in der Sowjetunion, insbesondere in der Ukraine.

Dabei handeln beide Bücher:

Gusel Jachina: *Suleika öffnet die Augen*, aus dem Russischen von Helmut Ettinger, Berlin 2017;

Anne Applebaum: *Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine*, aus dem Englischen von Martin Richter, München 2019 die Deportation der **Kulaken** in die Weiten Sibiriens ab.

Stand der Begriff Kulak noch im ausgehenden 19. Jahrhundert für einen wohlhabenden Bauer, erfuhr er durch diverse Dekrete eine Begriffserweiterung; so wurden die Kulakenhöfe als solche definiert,

„auf denen regelmäßig Saisonarbeiter angestellt wurden, zu denen eine Mühle, eine Gerberei oder Ziegelei gehörten und deren Besitzer regelmäßig Gebäude oder landwirtschaftliche Geräte mieteten. Bald fielen darunter aber auch Bauern, auf die das alles nicht zutraf und die trotzdem enteignet wurden . . . Es genügte, einmal eine Unzufriedenheit geäußert zu haben.“

Applebaum sieht die Ukraine, aber auch den Nordkaukasus und Kasachstan besonders von dem Holodomor betroffen. Wie wir aber in der obigen Beitragsfolge noch sehen werden, war das *deutsche Siedlungsgebiet* der Wolgaregion nicht minder betroffen:

Auch hier wurden den „Kulaken“ nicht nur die Gerätschaften, sondern teilweise auch das Saatgut genommen und dem „Gemeineigentum“ zugeführt.

Herbert Karl

VAdM: Nachrichten und Vermischtes

PREUSSENKURIER
HEIMATNACHRICHTEN FÜR OST- UND WESTPREUSSEN IN BAYERN

Ausgabe 2 / 2020 – 11. Jahrgang



Denkmal für zwei berühmter Astronomen aus West- und Ostpreußen:
links Johannes Hevelius (1611-1687) in Danzig, rechts Nikolaus Kopernikus (1473-1543) in Altdorf
(Fotos: Joachim Schwaning B.J., Sonja Wirsing [n.])

Liebe Landsleute, liebe Leser:

heute halten Sie die zweite unserer drei diesjährigen Jubiläumsausgaben in den Händen, und wir hoffen und wünschen, daß wir Ihnen damit in diesem so „ost-westpreußen-abenteuerten“ Jahr ein bisschen die krisenbedingt verhaltene Reisemöglichkeit ersetzen können! Zu danken haben wir zunächst unserem Freund und Förderer Josef Zellwiler MEd., der uns ein freundliches Grußwort übermittelt hat, sowie aus demselben Grund dem Chefredakteur und Herausgeber der BUDAPESTER ZEITUNG, Jan Mainka, für seinen Gastkommentar auf Seite 20. Über hochaktuelle Interna aus der Königsberger Bismarckproduktion und andere Neuigkeiten um das Königsberger Gebiet berichtet Thomas W. Wyrwoll, und mangels Reisegelegenheiten hat Maik Bialek einen wunderschönen Bildbericht seiner Skivacanz nach Thon begleitet; es folgt die Fortsetzung und der Schluß von Helmut Roewers Beitragung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Jörn Petzold beschreibt das Leben des Königsberger Architekten Friedrich Helmuth, und in der Reihe „Deutsche in der Heimat“ stellen wir dem in Heimatschöten (Gda. Sorau) tätigen Spitzenkoch Hans-Jürgen Harbrand vor. Mit einer Buchbesprechung des zweiten Bandes von „Ostpreußen und seine Verkehrswege“ von Jörg Petzold und Gerhard Graß beschließen wir dieses Heft und hoffen, daß Sie es wieder gerne genießen! Dies jedenfalls wünschen Ihnen Ihr Christoph M. Stabe, Landesvorsitzender Rainer Claasßen, stellvertretender Landesvorsitzender



Das Donautal-Magazin

Die weltweite Stimme der Donauschwaben
(Banater Schwaben, Ungarndeutsche, Deutsche aus dem ehemaligen Jugoslawien und anderer deutscher Vertriebenen und Flüchtlinge)
Jahrgang 44 – Nummer 213
vom 1. Juli 2020
ISSN 0177-0845 Verlagsort Sersheim

Donauschwäbische Jugend malt



Dieses Bild mit dem Titel „Sommer“ hat die zehnjährige Maria Hartmann aus Schwäbisch Hall gezeichnet (siehe hierzu auch Seite 2).

Ein Buch, das die Seele der donauschwäbischen Menschen darstellt:
Die Erinnerung bleibt
Das Sammelwerk (4 Bände) der schönsten donauschwäbischen Erzählungen und Gedichte seit 1945 ist eines der sinnvollsten Geschenke (siehe Seite 56 ff.).

Reise-Planung:

Trotz, oder gerade wegen Corona sollte man doch planen:
VAdM plant für Ende August /Anfang September eine Reise nach Ungarn, Serbien und Rumänien; diese Region wird publizistisch vom „Donautal-Magazin“ (siehe links) abgedeckt.

HOH(L)SPIEGEL:



Der Spendenaufruf für den Kleinbus für die deutsche Minderheit im Hultschinder Ländchen erbrachte bisher 500,00 Euro. Weitere Spenden erbeten wir unter dem Stichwort: „Kleinbus Hultschin“
Vielen herzlichen Dank
HK

Bildnachweis: Die Bilder von Seite 1: fb-Seite des Kulturzentrum Ostpreußen; das Bild von Seite 8 wurde dem im Juli-Kurier zitierten Werk entnommen; Bild Seite 7: dtv-Atlas Weltgeschichte. Alle anderen Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder offiziellen AfD-Seiten. HK

Buchempfehlung

DONAUSCHWÄBISCHES ARCHIV – REIHE I
Schriften der ADL
Band 13
Mathias Weifert
Die Durchsetzungsdynamik von Heimatvertriebenen und Ausiedlern beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau Deutschlands nach 1945
München 1997

Weinempfehlung

W.E.I.N.G.U.T
PETER HORNSTEIN
WEINGUT
GUTSAUSSCHANK
BRENNEREI
FERIENWOHNUNG
info@hornstein.wine
www.hornstein.wine
Sonnenbichlstr. 5 · D-88149 Nonnenhorn
Telefon +49 83 82-88 75 70 · Fax 88 75 58

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670
STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL
ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand
SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de
E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de